

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fern- und Verlagsanlagensätze kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsmitteilungen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Franz Koforny; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 35-42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Nr.: Wfberband Bochum.

Eine Kohlensteuer.

Dem Reichstage ist eine Vorlage zugegangen, durch welche die Regierung die Erhebung einer Kohlensteuer vorschlägt. Diese Steuer soll mit anderen (Verkehrssteuern, Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer) das auf 1250 Millionen Mark bemessene Defizit im Haushaltsplan des Reiches decken. Als Berechnungsbasis soll „der Verkaufspreis ab Grube“ (§ 8) im Inlande, eventuell der Marktpreis gelten. Auch die vom Auslande eingeführte Kohle soll besteuert werden, wobei als Berechnungsbasis „der Erwerbspreis zuzüglich der bis zum Grenzübergang entstandenen Kosten“ vorgeschlagen ist (§ 9). Im Sinne des vorgeschlagenen Gesetzes „gelten als Kohle alle Arten nicht aufbereiteter oder aufbereiteter Stein- und Braunkohle, auch die aus ihr gewonnene Preßkohle, bei der Einfuhr aus dem Auslande, außerdem Koks sowie die aus Steinkohlen hergestellten Preßkohlen“ (§ 2). Zur Entlastung der Steuer soll der Lieferant oder der Abgeber verpflichtet werden. Besteuert soll werden auch der Selbstverbrauch der Werksunternehmer, dagegen soll der Bundesrat die Ermächtigung erhalten, Kohle steuerfrei zu belassen, „die zum Betriebe von Schiffen oder Eisenbahnzügen dient, die den Verkehr mit dem Auslande vermitteln“.

„Die Steuer beträgt 20 Prozent des Wertes der gelieferten oder sonst abgegebenen oder der Verwendung im eigenen Betriebe oder dem eigenen Verbrauch zugeführten oder der eingeführten Kohle“ (§ 7). In der Begründung der Vorlage wird ausgeführt, daß mit einem jährlichen Gesamtwert der steuerpflichtigen mineralischen Brennstoffe von etwa rund 2500 Millionen Mark zu rechnen sei, mithin die Steuer etwa 500 Millionen Mark einbringen dürfte. Die vorgeschlagene Erhebungsart sei die denkbar einfachste vom steuerrechtlichen Standpunkte aus betrachtet, denn die Zahl der zur Steuerabführung zu verpflichtenden Betriebsinhaber betrage nur gut 500 (Steinkohlenbergwerke 350, Braunkohlenwerke 165).

Lebtere Erklärung ist richtig, aber nun erhebt sich zugleich die Frage: Wer wird denn die Steuer zu tragen haben?

Wenn auch die Steuer formell von dem Betriebsinhaber, Lieferanten oder Abgeber entrichtet werden soll, tatsächlich werden, nach dem Wortlaut des Regierungsvorschlages, die Verbraucher die Steuer zu bezahlen haben! Bekanntlich sind in Deutschland alle nur eben nennenswerten Kohlengruben und ihre Nebenanlagen in Kartellen vereinigt, die entweder Förderquoten, Verkaufspreise und die sonstigen Lieferbedingungen, oder wenigstens die letzteren systematisch vereinbart haben. Schon ist in den Lieferungsverträgen der Weiterverkäufer oder der Verbraucher verpflichtet worden, die Kosten des Frachtempfahls, der Warenumschlagsteuer usw. zu tragen. Aber darüber hinaus enthalten die Lieferungsverträge der Zechenverbände für den Weiterverkäufer und den Verbraucher schon die Verpflichtung, auch zukünftige Steuern oder behördlichseits vorgeschriebene Abgaben, die die Selbstkosten der Werke oder ihren Versand verteuern, zu bezahlen! Alle würden die Weiterverkäufer und Verbraucher unweigerlich genötigt werden durch die monopolistische Macht der Werksunternehmer bzw. ihrer Syndikate, auch die Reichs-Kohlensteuer zu zahlen! Auch diese Steuer würde von dem wirtschaftlich Stärksten auf den wirtschaftlich Schwächsten glatt abgewälzt werden, wenn dagegen im Gesetz keine Vorzüge Platz fände.

Diese Vorzüge könnte in der gesetzlichen Vorschrift bestehen, die gegenwärtigen Verkaufspreise dürften im Inlande nicht weiter, oder doch nur mit Genehmigung des Reichstages er-

höht werden, wie das ähnlich für die inländischen Kalisalzpreise durch Reichsgesetz bestimmt worden ist.

Würde diese Vorzüge getroffen, dann käme aber noch eine sozialpolitische sehr kritische Lücke in dem Gesetz. Wenn dann entstände die große Gefahr, daß sich die Werksbesitzer für die Steuerzahlung an den Arbeiterlöhnen schadlos zu halten versuchten! Das gäbe 1910 die kartellierten Kalimwerksbesitzer in einer Eingabe an den Reichstag deutlich zu verstehen, als dessen „Kalkulationskommission“ eine Festsetzung der Kalischichtpreise für das Inland vornahm. Darauf erst kam in das Gesetz die bekannte Bestimmung hinein, durch welche das Herabziehen der Löhne mit der Strafe der Quotenverfälschung bedroht worden ist. Nehmlich so muß auch in den Kohlensteuergesetzen gegen Rohrabnahme Vorzüge getroffen werden, wenn man unabsehbar böse Folgen vermeiden will.

Offen sei es gesagt, daß wir die Kohlensteuer als einen volkswirtschaftlichen Eingriff betrachten. Daß das Reich größere Geldmittel braucht, ist unstreitig. Nach unserer Ansicht können und müssen sie aber beschafft werden durch direkte Erhöhungen der Vermögens-, Einkommens-, Erbschafts- und nicht zuletzt der Kriegsgewinnsteuern. Dadurch trifft die wirklich leistungsfähigsten Kreise am ehesten und die Gefahr der Abwälzung auf die schwächsten Schultern ist nicht annähernd so groß als wie bei der Kohlen- und ähnlichen indirekt wirkenden Steuern.

Der Krieg hat die außerordentlich hohe Bedeutung unseres Bergbaus zunächst für die Durchführung unserer Landesverteidigung und dann allgemein für die Aufrechterhaltung unserer gesamten Volkswirtschaft jedem klar gezeigt. Zum Glück kann Deutschland sich aus seinen Kohlenlagern nicht nur versorgen, sondern wir sind auch in der Lage, als Gegenleistung für uns notwendige Einfuhrartikel, vorzüglich von Lebensmitteln den in Betracht kommenden neutralen Ländern mineralische Brennstoffe zuzuführen. Die rückständigen britische Kriegspartei hat schon reichliche Verläufe gemacht und macht sie weiter, die neutralen Länder durch Abschneidung der Kohlenzufuhren zu zwingen, sich zu unseren Feinden zu gesellen, den Krieg noch zu erweitern und zu verlängern.

In unserer Kohle haben wir also auch ein vorzügliches Mittel, uns der Uebermacht unserer Feinde mit Erfolg zu wehren und die friedlichen Beziehungen zu den uns benachbarten neutralen Ländern aufrecht zu erhalten. Diese Tatsache werden die Bergleute nicht verkennen und in Würdigung dessen ihr Menschenmöglichstes tun, damit unsere Bergwerkserzeugnisse in vollkommen ausreichender Weise gefördert werden! Darüber kann es in Bergarbeiterkreisen keinen Streit geben. Wie die Dinge sich gestaltet haben, hängt von der vollen Aufrechterhaltung unserer Förderung an Kohle, aber auch an Erzen und Salzen ganz wesentlich ein baldiger, für Deutschland annehmbarer Frieden ab!

Die deutschen Bergarbeiter werden darum ihre volle Pflicht tun in dem Bewußtsein, so am ehesten aus dem Kriegselend herauszukommen. Werksverwaltungen und Behörden mögen ihrerseits ohne jede Kleinlichkeit, mit Hintanhaltung völlig ungezügelter Vorurteile den Bergarbeitern die Arbeitsmöglichkeit mit allen Kräften erleichtern. Dann werden wir aus dem Wirrwirr dieses Krieges zweifellos zu einem guten Ende kommen.

verförenden Familienangehörigen anzugeben und dabei wurde festgestellt, daß auch Familienväter mit harter Familie kaum auf 8 Mark Lohn gekommen waren. Einer, dessen Familie aus 10 Köpfen besteht, hat in den letzten Monaten pro Schicht 8,25 Mark verdient, ein anderer mit 6 Kindern verdiente 8,50 Mk. Dann reihen sich die Löhne wie folgt: 8,75 Mk. (5 Kinder); 8,20-8,50 Mk. (6 Kinder); 8,40 Mk. (8 Kinder); 8,55-8,77 Mark (9 Kinder); 8,42 Mk. (7 Kinder); 8,00 Mk. (4 Kinder); 8,20 Mk. (4 Kinder); 8,00 Mk. (6 Kinder); 8,20 Mk. (4 Kinder); 8,60 Mk. (7 Kinder); 8,50 Mk. (8 Kinder). So geht es weiter, da wie angegeben, fast alle Lohnzettel solche Löhne nachweisen. Die glücklichsten unter diesen Verdienern sind diejenigen, die nur eine kleine Familie besitzen.

Schlummer aber wie mit den eigentlichen Bergleuten (Hauer) steht es mit den Schichtführern. Einer, der 4 Kinder zu ernähren hat, verdiente 5,50 Mk., ein anderer hat 3 Kinder und verdiente 6,50 Mk., wieder ein anderer mit 4 Kindern hatte 6 Mk. Schichtlohn. Andere erwachsene Schichtführer hatten gar nur 5 Mark verdient! Nicht nur auf Heinrich ist es so. In anderen Belegschaftsversammlungen im Essener Revier wurden ähnliche Löhne bekannt gegeben. Einer hatte im vergangenen Jahre durchschnittlich 7,40-7,50 Mk. verdient, aber 406 Schichten verbracht! Von Langenbrachm II wurde gemeldet, daß ein Arbeiter, der 8 Kinder unter 14 Jahren zu versorgen hat, 6,50 Mk. verdiente, ein anderer mit gleicher Kinderzahl 6,00 Mk. und ein Hauer, der 10 Familienangehörige sein eigen nennt, 8,31 Mark. Ein anderer mit großer Kinderzahl 7,80 Mk. Ueberhaupt fehlten die Mitteilungen über Löhne unter 8 Mark für Hauer auf den Essener Gruben häufiger wieder. Erschütternd waren die Schilderungen, wo Jungens, Bierbetreiber und Schläpper, die 3-4 Mk. oder kaum etwas mehr verdient hatten, bekannten, daß sie Mutter und mehrere Geldwörter zu ernähren hätten! Die einfache Pöbel sollte solche Verhältnisse nicht aufkommen lassen. Hier handelte es sich manchmal um Jungen, die keinen Vater haben und deren ältere Brüder im Felde sterben oder in Gefangenschaft oder auch schon gefallen waren.

Wenn trotz der niedrigen Löhne der Durchschnittslohn der eigentlichen Bergarbeiter im Ruhrgebiet 9 Mk. betragen haben soll, so ist das ein Beweis für die großen Lohnunterchiede, die im Ruhrbergbau herrschen, die so groß sind, daß sie sich nicht rechtfertigen lassen. Eine starke Quelle des Unfriedens unter den Bergleuten wäre mit einem Male verstorben, wenn die Werksbesitzer mehr auf eine Lohnausgleichung hinaus arbeiteten. Da gibt es Bergleute, die 10, 11 und auch 12 Mark verdienen, andere, die sich ebenso schämen können, gehen mit 8 Mark und häufig auch noch mit niedrigeren Löhnen nach Hause.

Unser Urteil über die verdienten Löhne geht dahin, daß der Durchschnittslohn von 9 Mark das Auskommen der Bergarbeiter sichert, wenn die Nahrungsmittel nicht so überteuert wären. Es gibt keinen Bergarbeiter, der diese Teuerung versteht. Und hier haben wir die zweite Quelle des Unfriedens. Hinzu kommt dann noch der Lebensmittelmangel, der viele tausend Bergarbeiter zwingt, unter der Hand sich irgendwo Waren zu beschaffen, wie Fleisch, Wurst, Mehl und andere Nahrung, die aber selbst die Höchstpreise für rationierte Waren um das dreifache und vierfache übertreffen. Fleisch, Wurst und Fett werden für 8-12 Mk. das Pfund angeboten, das zehnfache der Friedenspreise! Wer gut verdient hat, kauft sie trotzdem um sich anrecht zu erhalten, wer wenig verdient, muß sich mit den ihm zugewiesenen Waren begnügen. Herrscht hier aber Mangel, oder stockt die Zufuhr, so hungert der Arbeiter buchstäblich. Die Folgen sind Ereignisse, die niemand in dieser Zeit herbeizubringen kann. „Entweder höheren Lohn oder billigere Lebensmittel.“ Das ist der lapidare Satz, der uns aus den angegebenen Gründen auf allen Schächten, in allen Versammlungen, überhaupt überall, wo Bergleute sich zusammenfinden, entgegenkommt.

Wir kennen die Mühen, die die Behörden und auch oft genug die Zechenverwaltungen anwenden, um zu Nahrungsmitteln zu gelangen und damit die Bergarbeiter zu versorgen. Aber da will es uns scheinen, als ob jene hohen Anstrengungen im Reiche ihren Aufgaben nicht gewachsen sind, die für die Verteilung der Nahrungsmittel zu sorgen haben. So bei der Kartoffelkalamität. Gewiß, wenn Frost ist, können Kartoffeln nicht transportiert werden, das weiß jedes Kind, aber fehlen aus diesem Grunde Kartoffeln, muß man sich nach vorläufigem Ersatz umsehen. Und da meinen wir, daß die Steckrüben nur dann als Ersatz mit heranzuziehen sind, wenn andere fräftige Nahrungsmittel, wie Mehl, Graubrot, Grütze, Hülsenfrüchte, Fleisch und Fett mit zugegeben werden können. So aber mangelte es auch an diesen Waren, selbst die rationierte Menge war für die Bergarbeiter nicht immer erhältlich und die Steckrüben waren vielfach von einer Güte, die sie ungenießbar machten. Kein Wunder, daß die Bergarbeiter, von den größten Beizorgnissen getrieben, auf der einen Seite eine höhere Regelung der Nahrungsmittelversorgung für die Ruhrbergarbeiterchaft wünschten und daß sie andererseits an die Grubenverwaltungen herantraten und Aufbesserung ihrer Löhne verlangten. Diese Bewegung machte sich im ganzen Ruhrgebiet bemerkbar und wenn wir recht beobachteten, ist sie nicht ohne Erfolg. Von einer Reihe von Gruben geht uns die Mitteilung zu, daß die Verwaltungen Entgegenkommen zeigen und eine Erhöhung der Löhne zugeben. Auch der Zechenverband wird nicht umhin gekommt haben, sich nochmals mit der Lohnfrage zu beschäftigen und lassen wir das Entgegenkommen der verschiedenen Werke richtig auf, wird sich dieses Entgegenkommen wohl über alle Gruben verallgemeinern. Das heißt ist, da Verhandlungen der Organisationen der Bergarbeiter mit dem Zechenverband dem letzteren noch nicht rätlich erscheinen, daß von Zeche zu Zeche verhandelt wird und daß bei allen Dingen der Weg zu einer Verständigung gefunden wird. Wo das nicht der Fall war und unzureichende, niedrige Löhne gezahlt wurden, da haben in letzter Zeit die Belegschaften auf Grund des Zivildienstgesetzes die hier vorgezeichneten Schritte anzufragen und wie wir erfahren haben, auch mit Erfolg. Am besten ist natürlich, wie die Dinge liegen, die direkte Verständigung zwischen Werk und Belegschaft, in zweiter Linie geht man den vom Zivildienstgesetz vorgeschriebenen Weg. Das entspricht voll und ganz unseren Wünschen und dient der ruhigen Verständigung, die wir infolge des Krieges so nötig haben. Wir möchten das letztere ganz besonders betonen und freuen uns, daß die übergroße Mehrheit unserer Ruhrbergarbeiterchaft das auch einsieht. Um ihr aber die Durchführung ihrer Forderung, keine schwere Erschütterung des Wirtschaftslebens und dadurch gleichzeitig eine Erleichterung der Verteidigung unseres Landes herbeizuführen, leichter zu machen, wünschen wir, daß die Grubenbesitzer und die amtlichen maßgebenden Lebensmittelfürsorgern auch ihrerseits das weitgehendste Entgegenkommen zeigen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Was ein Märrer den Wuherrn ins Stammbuch schreibt.

„Gewürm kriecht über den deutschen Boden, dessen man sich schämt. Es arbeitet im dunkeln, untergräbt den Staat und hilft dem Feinde. Das ist der Haue derer, die den Krieg zu ihrer eigenen Bereicherung brauchen. Aus dem Mute der Kameraden machen sie ein Geschäft, ohne zu erröten. Das ist eine widerliche Gesellschafft. Man spricht nicht gern davon, keiner freut sich der paar Dredpöcker auf dem blanken Schilde der deutschen Ehre. Aber Schweigen ist Feigheit. Die gemeinen Seelen sollen wissen, daß man mit ihnen abrechnen wird...“

Auch uns brennt die Scham über die häßlichen Vorgänge, aber fast noch mehr über die Menschen, die sie wohlgefragt vor aller Welt breitreiten. Wir wollen nicht, daß sich ein Verbild deutscher Lebensfeinde in unseren Köpfen und in der Welt draußen, die kein Haar besser ist. Schlamm genug, daß unsere Traven an der Front von der Heimat ist nur die Vorstellung eines einzigen Hauses voll Wassere haben. Wäre es so, dann wäre ihre Brut gerecht. Leider haben sie der Anlässe genug, es gibt verächtliche Seelen, denen jeder Sinn für die Größe dieser Zeit abgeht, weil sie nur vom Profit leben. Man mag wirklich von einer Seuche reden, welche alle Kreise unseres Volkes angucken beginnt. Wir entschuldigen nichts. Manche überflüssige Anordnung und mancher Fehler in unserer volkswirtschaftlichen Organisation mag sich rufen. Trotzdem bleibt der Elend über die widerliche Stimmung, die sich breit macht...

Bergarbeiterlöhne und Lebensmittelversorgung im Ruhrgebiet.

Der Zechenverband hat in seiner Antwort auf die Lohn- und Lebensmittelfrage der vier Bergarbeiterverbände angeführt, daß der durchschnittliche Lohnerlohn auf den Ruhrgruben auf 9 Mark geliegen sei. Wir können natürlich nicht nachprüfen, ob das den Tatsachen entspricht, nehmen aber auf Grund einzelner Mitteilungen von Werksverwaltungen an ihre Arbeiterauskünfte an, daß es Werke gibt, wo dieser Durchschnittslohn nicht nur verdient, sondern auch schon überschritten ist. Aber es gibt Gruben genug im Ruhrgebiet, die den vom Zechenverband angegebenen Lohn nicht erreichen. Das beweisen nicht nur Ziffern, die wir fortgesetzt aus den Bergarbeiterkreisen erhalten, nein, auch die Belegschaftsversammlungen, die sich mit Lohnfragen beschäftigen, bringen Material heran, das beweist, wie die Löhne unter dem genannten Satz stehen. Von den Gruben im südlichen Ruhrrevier wissen wir, daß hier stets der Lohnstand ein niedrigerer ist, als in den nördlichen Teilen des Ruhrgebietes, und doch muß gesagt werden, daß ein nennenswerter Unterschied in den Kosten der Lebenshaltung jetzt zutage des Krieges nicht besteht. Das beweisen vor allen Dingen die Preise in den Stammläden.

In einer Versammlung der Belegschaft der Grube Heinrich in Ueberruhr bei Steele forderte der Ausübung die anwesenden Bergleute, die über niedrige Löhne klagten, auf, ihren in letzter Zeit verdienten Lohn aufzuschreiben und den diesbezüglichen Zettel beim Versammlungsbureau abzugeben. Rund 100 Bergleute, fast durchweg Hauer, kamen der Aufforderung nach und es zeigte sich, daß nur einige Bergleute den Lohn von 9 Mark erreicht haben, die übergroße Mehrheit der Hauer zum Teil sogar sehr weit unter 9 Mark Verdienst gelassen war. Eine Anzahl Bergleute konnten nur einen Lohn von 8 Mk. aufweisen. Weiter war aufgefordert worden, auch die Zahl der zu

Friedenswille der deutschen Regierung schon vor dem Kriege in Misskredit gekommen ist, dann durch diese Art von Westpolitik, wie sie von den kleinen, aber sehr einflussreichen Gruppe der Herren um Herrn Dr. Baumbach betrieben wird. Wie kann sich Herr Dr. Baumbach herausnehmen, zu behaupten, er spreche als Anwalt der großen Mehrheit des deutschen Volkes, wenn er eine solche Ankerrede hält und solche Angriffe gegen die offizielle friedensfreundliche Reichspolitik richtet. Wenn die Anschuldigungen, die Herr Dr. Baumbach hier entwickelt hat, die Anschuldigungen der deutschen Reichsregierung wären, dann würden meine politischen Freunde und nicht nur diese der Reichsregierung die Gefolgschaft verweigern. (Sehr wahr! bei den Sozial.) Das mein Parteigenosse Leinert über unsere Stellung zum Charakter dieses Krieges als Verteidigungskrieg usw. gesagt hat, unterschreibe ich vollständig. Aber wenn jemand am 4. Aug. 1914 als Reichsminister des deutschen Volkes das ausgesprochen hätte, was Herr Dr. Baumbach heute vortrug, so wäre die Einigkeit des deutschen Volkes gegenüber den auswärtigen Feinden nicht hergestellt worden. (Sehr wahr! bei den Sozial.) Das deutsche Volk will nichts anderes als seine Existenz, seine wirtschaftliche und politische Zukunft verteidigen. Alles, was darüber hinausgeht, sind Annexionen, die bestimmt keiner Kreise. (Sehr wahr! bei den Sozial.) Es erweckt einen sehr peinlichen Eindruck bei den deutschen Völkern, dass die Annexionen politisch ganz besonders aus solchen Kreisen propagiert und unterstützt wird, die an gewissen Erweiterungen der deutschen Landesgrenze prinzipiell gar nicht interessiert sind. (Sehr wahr! bei den Sozial.) Ich meine, dass die Annexionen aus den Kreisen bestimmter Großindustrieller heraus die Annexionspolitik in erster Linie betreiben wird? Der Beweis, dass etwa die Einbereicherung des Gebiets von Elben ein Lebensbedürfnis für Deutschland sei, ist in keiner Weise zu erbringen. Wir brauchen nicht etwa die Erstbesetzung dieses Gebiets, sondern das Gegenteil ist der Fall. Unsere Handelsstatistik beweist, dass unsere Eisenzeugung bereits 1912 den eigenen Verbrauch um 40 Prozent überstieg. Wir haben vor dem Kriege aus dem Vorkriegs-Deutschland mehrere Millionen Tonnen Eisen aus den Angehörigen, die deutsche Kapitalisten dort hatten, erhalten, es hat ein sehr freundliches wirtschaftliches Verhältnis zwischen dem französischen und deutschen Erz- und Gürtelwesen bestanden, die aufeinander angewiesen waren. (Zuruf bei den Sozial.) Deshalb wünschen wir auch, dass wir nach dem Kriege namentlich zu unserem westlichen Nachbar, der sich jetzt in eine Art Ankerstellung der englischen Kapitalisten ergeben hat, möglichst rasch wieder zu einem freundschaftlichen Verhältnis kommen. Wenn aber das, was Herr Dr. Baumbach als Lebensbedürfnis Deutschlands hinstellt, durchgeführt wird, dann ist an eine Annexion, auch nur eine wirtschaftliche Beschäftigung mit Frankreich auf der Weise, wie lange nicht zu denken. Wir wollen doch nach diesen Schicksalen vernünftiger Menschen einen Frieden herbeiführen, der nach Wunschmöglichkeit ein dauernder Friede ist. (Sehr wahr! bei den Sozial.)

Zu der nächsten Sitzung gegen den Zentrumsgesandten Dr. Well (Sitten) und der als alldeutsche-imperialistische Versammlungsbildner für weitestgehende Eroberungen und gegen die Friedenspolitik der deutschen Regierung bekannte rechtsnationalistische Abg. Führer, man heißt gegen Sue. Tags darauf antwortete der sozialdemokratische Abg. Leinert den Amerikanern und betonte, dass ihre Ansichten nicht von der Volksmehrheit geteilt würden, sondern dass diese nichts als einen Verteidigungskrieg, seinen Eroberungskrieg wolle. Der Reichstag der Erörterungspolitik im preussischen Landtag und gleichzeitig in der in Berlin tagenden Generalversammlung des Bundes der Landwirte bedroht die Einigkeit des deutschen Volkes aufs äußerste. Dass Sue von den Eroberungspolitikern bekämpft und verdächtigt wird, wird die Sozialisten, die sich Kameraden Sue in der Arbeiterkammer erworben hat, nur noch verstärken. Der Zusatz sagte es, dass seit gleichzeitig, wo Sue im Landtag den Eroberungspolitikern entgegensteht, im ungarischen Abgeordnetenhaus der Ministerpräsident Graf Tisza eine Rede hielt, in welcher er sagte:

„Wir führen diesen Krieg, weil wir ihn zur Rettung unseres angegriffenen Lebens führen müssen. Wir werden ihn gegen jeden führen und unter allen Umständen, solange, aber auch nicht eine Minute länger, als zur Rettung unseres Lebens, unserer Sicherheit und unserer Existenzinteressen notwendig ist. Hierin stimmen alle unsere Bundesgenossen überein. Wenn der Versuch diesen Krieg mit einem Frieden beenden würde, wie er den Feinden vorsteht, so könnte ein solcher Frieden durch keinerlei Lebensinteressen zu einem dauerhaften gemacht werden. Ein dauerhafter Friede kann nur so bestehen, dass er bei niemandem Lebensbedürfnis erzeugt.“

Damit ist auch unsere Meinung über den Charakter des Krieges und über die Art, wie ein dauerhafter Frieden herbeigeführt werden kann, ausgesprochen.

Wirkende auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehe Augusta Victoria (Hilt). Wegen Schädigungsersatz fordert man am Sonntag 1. mit einer Forderung. Nun ist es ausgeschlossen, dass dadurch die Schicht in einer halben Stunde beendet ist und so kann man sich dadurch zu helfen, dass man den Zeitverlust auf die Arbeiter abwälzt. Die Schicht geht um eine Viertelstunde früher an, oft noch eher. Mit der Aufsicht ist man natürlich nicht so eilig, da müssen sich die Leute gedulden und bei der Kälte bis zu einer Stunde warten. Ebenso klagten die Kameraden über den Mangel an Heizungsanlagen. Und wie es da, sind sie so lang, kündigt man sie zurück, so kann man wieder bestraft werden. Die das Straßensystem hier überhaupt blüht, das beweist der Schuttschaden. Seit einiger Zeit ist man daran gegangen, die Heberstraße am Samstagabend um eine halbe Stunde zu verlängern. Die Morgenarbeiter, die diese Heberstraße verläßt, fuhr früher um 10½, jetzt um 10 Uhr an. Zwischen Schluss der Schicht und Aufsicht sollen drei Stunden Ruhe sein, so hat es das Gesetz vorgefrieben, die Arbeiter müssen an auf diese Bestimmungen zu prüfen und wie es scheint, dürfen sie es auch. Wie lange das noch so gehen wird?

Sehe die Wendel. Bekannt ist, wie die Engländer die Neutralen verhalten, indem sie ihnen die Unfertigkeit verweigern, wenn sie englische Exporte nicht verkaufen wollen. An diese Verweigerung wird man erinnert, wenn man das Vorgehen der Sehe die Wendel betrachtet. Wer hier Kohlen kaufen will, muß mit seinem Führer erst einen Wagen voll Kohlen aus der Grube holen, dann kauft er Kohlen und diese nach der Sehe bringen, ehe er Kohlen bekommt. Als man die Kohlen aus der Grube holen will, kommt man zu einem Bergmann, der Kohlen ins Haus bekommt, weil die Kohlen die Annahmen der Sehe abdecken. So kam es, daß die Kohlenleute vielfach der Kohlen keine Kohlen im Hause hatten. Die Sehe schickte die Kohlen mit Arbeitsunterstützung, was die Verwaltung sehr in Anspruch brachte. Der Herr Bergamtsbesitzer hielt vor der Kammer die Mannschaften eine ultimative Rede über die Notwendigkeit der Arbeitspflicht für Kohlen. Das diese wissen, was sie zu tun haben, darüber brauchte sich die Verwaltung wirklich nicht den Kopf zu zerbrechen, sie sollte nur dafür sorgen, dass solche skandalösen Zustände wie mit der Kohlenabgabe nicht vorkommen, dann braucht die Sehe nicht erst zu denken. Die Kohlenleute nehmen aber überhand. Wir erinnern nur an den Kohlenmangel in der Grube, der so stark ist, dass viele Kohlenleute noch 7 Mk., ja bis zu 5,40 Mk. herunter verdienen haben. Und der Kohlenmangel ist enorm.

Sehe Gwald III und IV. Mit unserer Tätigkeit in der „Bergarbeiter-Zig.“ gewöhnlich Kritik haben wir es fertig gebracht, dass die Kohlenwagen nicht mehr so verpackt werden, wie wir es verdient haben. Die Lebensmittellieferanten klagten aber immer noch zu wünschen übrig. Bis jetzt (18. Febr.) sind in diesem Jahr verteilt worden 20 Mann: 4 Bergarbeiter und 16 Bergarbeiter. Später, der von der Stadt über zur Verfügung gestellt war. Es waren auch Gruppen und Gruppen im Magazin, aber zur Verfügung sind sie nicht gelangt. Der Aufsicht schenkt sich wenig um diese Dinge zu kümmern, daran hat aber die Sehe, die die Kohlen organisiert ist, auch mit Schuld. Auf der Tafel, auf der die Kohlen angeordnet werden, geht es manchmal unverständlich zu, da jeden nachmittags manchmal andere Zahlen wie am anderen Morgen. Wir fragen deshalb die Kameraden wegen Holzmenge und schlechtem Gedings.

Sehe Franziska Tiefbau. Die Bergleute wünschen, dass die Brotmarken nicht erst Samstags, sondern schon am Freitag der Woche ausgegeben werden, dann wird es weniger vorkommen, dass Kameraden Schichten feiern, weil sie kein Brot haben. Gestagt wird, dass das Schweinefleisch weit über den festgesetzten Höchstpreis an die Bergarbeiter abgegeben wird, denn das Fleisch Auslandsware sein soll, damit glauben wohl nicht viele Leute. Da die Verteilung des Fleisches gewöhnlich kurz vor den Sonntagen vor sich geht, sind viele nicht in der Lage, den ihnen zustehenden Teil der Fleischmengen zu kaufen.

Sehe Ludwig (Bergarbeiter). Im vergangenen Jahre wurde der Bergarbeiter eine Teuerungszulage gewährt, was sehr anerkennenswert ist. Aber die Löhne sind häufig sehr schlecht, manche Kameradschaften haben sich in letzter Zeit Lohnreduktionen gefallen lassen müssen. Einem Kameraden wurden für Dezember 7 Mark Lohn ausbezahlt, trotz nasser Arbeit. Auch beim Unternehmern steht es mit den Löhnen oft schlecht genug. So wurden von einem Kameraden verdient:

Monat	Jahr der Schichten	Lohn
1916 September	27½ Schichten	242,27 Mk.
Oktober	27½ Schichten	235,24 Mk.
November	27½ Schichten	237,42 Mk.
Dezember	20½ Schichten	159,52 Mk.

Das ist der Lohn ohne Kindergeld, aber es gehen die Gefälle davon ab. Der neue Aufseher oder Herr Oberaufseher, wie er sich am liebsten titulieren lassen möchte, hat sich bei den ihm unterstellten Arbeitern recht unbeliebt gemacht, weil er ihnen, daß er sich selbst, dann hält er auch seine Leute. Wer krank ist und läßt sich versuchsweise gesund machen, dem kann passieren, daß ihm diese Zeit auf dem Schichtentgelt als „unbilliges Feiern“ angelastet wird.

Sehe Neu-Heilighaus I. Sehr „schöne“ Zustände herrschen hier in der Wäsche. Es sind schon wochenlang keine neuen Strümpfe mehr aufgelegt worden. Aber es sind solche Strümpfe, daß die Arbeiter nicht wissen, wo sie ihre Strümpfe lassen sollen. Auch herrscht hier noch das Übel, daß zwei Versionen sich mit einem Kleid rufen beschaffen müssen. Dadurch können doch leicht ansteckende Krankheiten übertragen werden. Vor einigen Wochen ist hier in der Wäsche ein Fenster herausgefallen. Aber man weiß sich hier sehr gut zu helfen und nagelt einfach Bretter darüber. Diese Bretter befinden sich bis jetzt noch da; dadurch wird es in den Räumen immer finstlicher. Auch wird in der Wäsche sehr viel gestohlen, besonders Kleider. Und in letzter Zeit sehr viele verschwinden. Es ist ja traurig, daß sich Kameraden am Eigentum ihrer Mitarbeiter vergreifen. Auf Beschwerde bei der Verwaltung wurde schon mehreren Arbeitern erklärt, sie sollten nur den Lärm bringen. Eine sehr schöne Antwort, wenn man niemand beim Stehlen antreift. Auch befinden sich wieder sehr viel jugendliche Arbeiter in den Zellen, wo sich die älteren Arbeiter aufhalten und maulen. Wir möchten deshalb die Verwaltung ersuchen, daß auch hier für Abhilfe gesorgt wird.

Sehe Victoria (Lünen). In der Badeanstalt wäscht sich Jung und Alt durcheinander. Die Seife ist recht unhygienisch, auch fehlt es sonst an Ordnung; ebenso unhygienisch wie unhygienisch ist die Ausgabe von Brotmarken. Hier scheint besonders die gleiche Verteilung nicht zu klappen. Dann fragt die Sehe, ob man der Sehe in der Idee ein Jahr lang auf der Sehe lagert. Ist er auch schon unter dem Beamtentum verteilt, wie das mit Käse, Butter und Wurst geschehen ist? Wir erwarten Antwort.

Sehe Vordern I und II. Auf unserem Rüttel herrschen zurzeit Zustände bei der Seife, die jeder Beschreibung spotten. Die Seife ist eine ungeheuer große und es wundert uns nur, daß nicht schon einige Leute bei dem Gedränge in den Schicht geworfen wurden. Hölle, Leuten und Lampen sind schon genug in dem Schicht angekommen. Es fehlt fast jede Aufsicht bei der Seife. So war am 13., 14., 15. und 16. Februar am Schicht II kein Aufsicht bei der Seife; die Leute mußten selbst das Signal nach oben geben. So kam es auch, daß ein Arbeiter, der gerade am Schicht ging und klappte, als die Leute nach auf den Kopf gingen. Ausdruckslos erklärten uns, sie brähen diese Mühen in jeder Sitzung vor, jedoch Abhilfe wird nicht geschaffen. Deshalb ersuchen wir die Sehe, hier einmal nach dem Neuen zu sehen. Ferner läßt die Aufsicht der Seife viel zu wünschen übrig. Bei der Morgen- und Vorabendzeit kommt es häufig vor, daß 15 Minuten zu spät angefangen wird.

Sehe Windmühlbank. Auf dieser Sehe verdient im Revier 6 beim Steiger A. (früherer Betriebsführer der Sehe Krom) eine Kameradschaft im Dezember pro Schicht 6,55 Mk. Schuld an dem geringen Verdienst waren die schlechten Holzverhältnisse. Trotzdem schämte man sich nicht, den niedrigen Lohn auszugeben. Nebenbei verbieten sich die Kameraden das herrliche und eingetragene Mehl dieses Steigers, man wird sich dieses Verwehrens auf die Dauer nicht lassen lassen. Für eine Heberstraße sollen — so heißt es — zwei Brotmarken ausgegeben werden, aber meistens gibt es nur eine.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Grube Alwine. Am 13. Februar fanden Nachschicht, die ihre Arbeitsplätze aussuchten, auf Station VII den Arbeiter M. Sch. liegend vor. Nach beendeter Schicht war er zusammengebrochen; die Ärzte hatten ihn verlassen. Der Pumpenwärter D. brachte ihn nach der Schmierbude und meldete dem Herr Sch. Heintz. Dieser beauftragte den Ziegeleimer Paer. Sch. nach Hause bringen zu lassen. D. aber erwiderte: „Ich habe keine Leute.“ Der Arbeiter blieb hilflos liegen. Endlich gab Steiger Heintz dem Fabrikarbeiter Sch. den Auftrag, den Sch. nach Hause zu schaffen. Jedoch auch dieser erklärte: „Ich habe keine Leute; die Kurieren, die ich habe, würden nur ihre Gassen mit ihm treiben.“ Sch. wäre hilflos liegen geblieben, wenn sich nicht die Arbeiter A. und B. auf eigene Faust seiner angenommen und ihn nach Hause geschafft hätten. Daß bei der inerten und langen Grubenarbeit unter den heutigen Ernährungsverhältnissen ein Arbeiter kraftlos zusammenbricht, ist kein Wunder. Die Grubenverwaltung aber hatte die zwingende, moralische Pflicht, sich bald des Hilfesuchen anzunehmen und für seine schnelle Wiederherstellung Sorge zu tragen. Solche Leute müssen in einem Bett, wie Grube Alwine, jederzeit freigemacht sein. Oder ging das Interesse an der Kostenförderung über die Pflicht? Auch sonst läßt das Verhalten einzelner Beamten gegenüber den Arbeitern zu wünschen übrig. Namentlich Herr Betriebsführer Regel glaubt die Arbeitsunfähigkeit dadurch zu erhöhen, indem er droht: „Euch werde ich schon nehmen!“ Wir sind der Ansicht, mit solchen Drohungen erreicht man nur das Gegenteil.

Grube Elstertal. Auf dieser Grube liegen die sanitären Verhältnisse seit langem schon sehr im Argen. So sind Klosett und ganzes Tagelager nicht vorhanden. Zur Vermeidung der Notwendigkeit sind nur Löcher gemacht, die mit einem Verschlag versehen werden. Der Verschlag ist derartig, daß der Besuche von anderen Leuten beobachtet werden kann. Daß der Kot im Tagelager freiläufig liegt, trägt zur Erhöhung dieser unhygienischen Zustände bei. Diese Naturkatastrophen müssen von Männern und Frauen sowie Gefangenen kennen werden. Des öfteren ist seitens der Sehe verlangt worden, daß richtige Klosetts und zwar, da Männer und Frauen in Tagelager arbeiten, für beide Geschlechter getrennt, errichtet werden. Als das nichts fruchtete, wurde sich der Bezirksleiter unseres Verbandes in einer Beschwerde an den Kgl. Verwaltungsamt für Wein-Controll. Obwohl seit Einlegung der Beschwerde schon 6 Wochen verfloßen sind, ist eine Besserung nicht erfolgt, auch noch keine Antwort empfangen. Es hat fast den Anschein, als wenn in letzter Zeit wegen der Vergrößerung einfach abgesehen werden sollen. Auch sonst haben die Arbeiter dieser Grube über das Verhalten des Steigers Krom und des Betriebsführers Sch. Klagen zu führen. Aussehen und Verhalten mit dem Steig. sowie Medizinern, wie „Bummer Pollard“ und dergleichen kommen öfters vor. Man sollte meinen, daß angesichts der ersten Zeit solche Verhältnisse nicht hingenommen werden könnten.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Grube Anzow (Kgl. Werkt). Die unterirdische Sehe, die verfährt 8 Stunden, hingegen müssen die Tagesarbeiter 12 Stunden ununterbrochen arbeiten; von Frühstück und Vesperzeiten ist keine Rede, höchstens daß man während des Mittags eine halbe Stunde Zeit zum Essen gewinnt. Die Arbeiter werden damit frustriert, daß man sich beim Herrn v. Pöhlern melden soll. An Lokationen sind die Arbeiter zu rechten Zeit an Ort und Stelle, nur der Arbeiter, der eine Klage hat, ist nicht eilig, anfast um 6. kommt er um 7 Uhr und dann können die Leute noch auf ihn warten. Können diese Verhältnisse nicht hingenommen werden?

Zum Grubenunglück bei Zallersleben.

Über die Katastrophe auf dem Rastwerk Einigkeit in Elben bei Zallersleben geht uns kurz vor Redaktionsschluss ein Bericht zu, in dem es heißt:

Nach Pressemitteilungen nimmt die amtliche Untersuchungsbehörde an, daß gefrorener Sprengstoff sich selbst entzündet hat und so das Unglück entstanden ist. Diese Annahme kann richtig sein, offen bleibt trotzdem die Frage: Ist alles auf dem Werke an Vorsichtsmaßnahmen angewendet worden, um ein solches Unglück auszuschließen? Nach der Darstellung der Arbeiter des Werkes hat sich die Sache folgendermaßen zugetragen: Auf der 400-Meter-Sohle, die außer Betrieb ist, befand sich im Schacht ein Sprengstofflager mit circa 3000 Kilogramm Sprengstoff. Am Unglückstage, mittags gegen 12 Uhr, vernahm der Pumpenwärter einen dumpfen Knall und folglich veränderte sich das elektrische Licht. Ein Angestellter veranlaßte ihn, aus dem Schacht zu fliehen und er fragte den Aufseher, ob denn aus dem Schacht noch ein Signal gekommen sei. Der Aufseher antwortete, daß schon lange überhaupt kein Signal mehr aus dem Schacht gekommen sei und äußerte darüber ebenfalls seine Verunsicherung. Hierauf ging der Pumpenwärter sofort zum Betriebsführer und meldete seine Wahrnehmung. Der Betriebsführer soll aber nicht sofort Maßnahmen ergreifen, sondern die Meldung des Pumpenwärters unglaublich aufgenommen haben. Inzwischen war es gegen 1½ Uhr geworden und der Schichtwechsel herangekommen. Nunmehr war auch der Betriebsführer zur Stelle und forderte dann sofort einen Mann auf, mit ihm in den Schacht zu fahren, um zu sehen, was unten los sei, und es wurde nunmehr das Unglück entdeckt. Im Schacht waren 130 Mann, davon sind 31 getötet worden. Außerdem mußten einige 30 Mann sofort ins Krankenhaus geschafft werden.

Von den Arbeitern wird geklagt, daß nur ein Sauerstoffapparat vorhanden gewesen sei, der über Tage benutzt wurde, wodurch sich die Rettungsarbeiten im Schacht sehr erschwert haben. Weiter wird von den Arbeitern über mangelhafte Aufbe- wahrung und Aufsichtigung des Sprengstoffes angeführt und auch sonst reihen die Klagen über Mißstände auf diesem Werk nicht ab. So sollen vor dem Unglück auf der Sohle, der Sohle längere Zeit hätten mit Sprengstoff ohne jede Aufsicht und Sicherheit gelagert haben, so daß jeder an dieselben ungehindert heranrücken konnte. Auch sonst sollen im Schacht Stößen mit Sprengstoff frei gelagert haben, auf welche man sich hinsetzen und Raufen und Zigaretten rauchen! Wie weit nun diese Dinge mit dem Unfall indirekt zusammenhängen, können wir nicht beurteilen. Wir wollen auch niemand für das Unglück direkt verantwortlich machen. Wir möchten nur die Sehe ersuchen, daß sie prüfen, in wie weit die Zeitverhältnisse des Betriebsführers die Rettungsarbeiten verzögert hat, denn in der Zeit von 12 bis 1½ Uhr ist so gut wie nichts geschehen, und das gibt doch zu denken. Um weitere Unglücke für die Zukunft zu verhüten, bitten wir auch, die Dinge mit dem Herumliegen der Stößen festzustellen.

Seit die Aufsicht, die uns von einem Kameraden zugeht, der unter Vertrauen steht. Seine Angaben widersprechen dem amtlichen Bericht. Dieser heißt — nach dem „Frankfurter Volksfreund“ —, daß das Unglück gegen 12½ Uhr mittags über Tage bemerkt wurde, als ein Holzbock aus dem Schachte erlitt. Der Betriebsführer — so heißt es weiter — begab sich sofort in den Schacht und der Bergingenieur Dörmlich folgte ihm in kurzer Zeit. Beide Herren machten sich sofort mit einigen verfügbaren Leuten aus der Sehe, die energisch an das Rettungswerk und ihren Untersuchungen in es setzten, den größten Teil der aus 130 Mann bestehenden Sehe zu retten.

Der Bericht zwischen dem Bericht unseres Kameraden und dem amtlichen Bericht liegt offenbar. Dieser läßt das Rettungs- werk sehr verzögern, während die Aufsicht an uns die Rettungsarbeiten um 1½ Stunden verzögert. Wir erwarten noch nähere Aufklärung, da wir viel daran gelegen ist, die Wahrheit hier festzustellen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bergarbeiter zum Hilfsdienst.

Nach einem Bericht des Kameraden W. H. am 11. Februar in einer gut besetzten Bergarbeiterversammlung in Zuer über das Hilfsdienstgesetz folgende Entschlüsse angenommen: „Die Sehe, am 11. Februar 1917, im Lokale des Herrn Schatzel, von über 500 Zuhörern besetzte öffentliche Versammlung erklärte sich mit der parlamentarischen Fassung der Organisationsverordnung bei der Verwaltung des Hilfsdienstgesetzes einverstanden. Die Überzeugung der Versammlung ist, daß dieses Gesetz nur durch das tatkräftige Eingreifen der Organisationskommission in jeder Form zustande gekommen ist. Ferner erwidert die Versammlung die Organisationen, die Vertreter des Hilfsdienstgesetzes zu tatkräftiger Arbeit anzuregen.“ — Diese Beschlüsse sind einstimmig angenommen.

Bericht über die Arbeiterausbildung von Centrum I III am 14. Februar 1917.

Nach Verlesen des Protokolls der letzten Sitzung wurde ein Schreiben des Oberbergamts vorgelesen, worin ersucht wird, daß die Verwaltung und der Aufsicht sich äußern sollen über das Verhalten von Heber- und Bedienungsfahrern. Der Aufsicht betonte die Ansicht, daß es jedem Arbeiter freigestellt bleiben müsse, ob er Heberfahrten verleihe oder nicht, wenn oder welche gemacht werden, dann sollte die Sehe nicht auf den ganzen Tag ausgedehnt, sondern auf den Samstagabend verlegt werden, da die Sehe am Samstagabend dem Körper am meisten zuwider käme. Gleichzeitig wurde gemeldet, daß die Verwaltung anordnete, daß nicht mehr wie eine Heberfahrt pro Woche gemacht werden dürfe. — Als weiterer Punkt wurde der Antrag gestellt, daß die Kranken- bzw. Kurkosten nicht von den Steigern, sondern von einem dazu bestimmten Beamten ausbezahlt werden sollen, damit die Arbeiter zu jeder Tageszeit sich einen derartigen Schaden ausbezahlen lassen können. Der Antrag soll der Direktion, welche an der Teilnahme der Sitzung verhindert war, vorgelegt werden. — Darauf wurde Beibringung gefordert über die Ausgabe der vorlesenen Sehe zum Preise von 2,50 Mk. Da man sich mit dieser Sehe nur einmal habe waschen können und man nicht verlangen könne, daß die Sehe die Arbeiter der Sehe abwaschen sollen. Der Vertreter der Verwaltung erklärte darauf, daß nicht die Sehe die Sehe befreit habe, sondern dieselbe der Sehe abwaschen werden sei. — Abgemacht wurde von den Arbeiterausbildungsgliedern der Antrag gestellt, daß die Ausgabe der Lebensmittel einem anderen Beamten übertragen würde, da der jetzige Beamte, Dörmlich, wegen Heberfahrten der Höchstpreise für Marmelade mit 100 Mark bestraft worden sei, der Beamte auch bisher neben seinem Nebenamt als Verwaltungsleiter einen gewissen Schaden mit allerlei Waren gestiftet habe. Ein solcher Beamter habe das Vertrauen der Sehe nicht mehr und zur Verabreichung der Sehe würde es beitragen, wenn dem Beamten ein anderer Heber übertragen würde. Der Antrag soll der Direktion unterbreitet werden. — Es wurde dann Klage geführt über niedrige Lohnzahlung im Revier des Steigers Krom. Dort sind im Januar Löhne von 7,50 bis 7,80 Mk. vorgekommen und die beteiligten Arbeiter haben sich an den Aufsicht gewandt, damit er vermittelnd eingreife. Der Aufsicht betonte die Ansicht, daß ein Lohn von 7,50 Mk. bei den heutigen Lebensmittelpreisen zu niedrig sei, die Kammer bei solchem Lohn Mangel leiden müssen. Dazu kommt noch, daß nach Angabe der beteiligten Arbeiter es sehr oft an leeren Tagen, wegen Mangel an Luft gestrichelt habe. Der Betriebsführer verweist an Hand von Material, die Ausgaben des Aufseheres zu widerlegen und schließt den Arbeitern die Schuld zu, nicht mehr verdient zu haben. — Über das Zündmaterial bei der Schichtarbeit wurde Klage geführt. Im Interesse der Sehe sei es angebracht, daß anderes Material ausgegeben würde. Dem wurde zugestimmt. Bei dieser Frage wurde die Erhöhung des Preises für Sehe angefordert und der Antrag gestellt, das Sehe dementsprechend zu erhöhen. Die Betriebsverwaltung erklärte, daß dem, wo es möglich wäre, schon nachgegeben sei, aber auch, wo es nicht möglich ist, sei das nicht möglich. — Einem Antrag, den im Besitz von Gerichten sich befindenden Seheausbildungsgliedern Ammoniat zum T. freizugeben, wurde zugestimmt. Die betreffenden sollen sich melden. — Eine Anfrage betreffs Holzmenge der freizeitlichen Arbeiter wurde dahin beantwortet, daß die Aufklärung von der Verwaltung ausgehen werden. Die Arbeiter mögen dieselben verlangen.

